

Sprachenstreit

Schwieriges Französisch

Der Thurgau schafft das Frühfranzösisch gegen den Willen des Bundesrats ab. Eine neue Studie zeigt: Der Unterricht muss auch in anderen Kantonen verbessert werden.

Anja Burri
Bern

Der Kanton Thurgau lässt sich von den Warnrufen des Bundesrats nicht beirren. Gestern stellte Bildungsdirektorin Monika Knill die Pläne vor, den Französischunterricht auf die Sekundarstufe zu verschieben. Die Primarschüler lernen nur noch Englisch. Sie erfüllt damit einen Auftrag ihres Kantonsparlaments. «Uns ging es nie darum, den kulturellen Zusammenhalt der Schweiz infrage zu stellen», sagte Knill speziell an die Adresse des französischsprachigen Kulturministers Alain Berset und der zahlreich anwesenden Journalisten aus der Romandie. Die Abschaffung des Frühfranzösisch erfolge aus pädagogischen Überlegungen.

Der Thurgau will künftig den Sprachenkompromiss der kantonalen Erziehungsdirektoren verletzen: Dieser gibt vor, dass Drittklässler mit einer ersten und Fünftklässler mit einer zweiten Fremdsprache beginnen sollen. Die meisten Thurgauer Schüler werden künftig dennoch keine Lektion weniger Französisch erhalten als bisher. Neu findet der Unterricht in geballter Ladung von der siebten bis zur neunten Klasse statt. Die Siebt- und Achtklässler erhalten im Durchschnitt sogar jeden Tag eine Lektion Französisch.

Die Thurgauer Bildungsverantwortlichen sind überzeugt: Das System eröffne neue Möglichkeiten für den Sprachunterricht. So will man Spezialprojekte wie Intensivwochen oder Klassentauschprojekte in der Romandie fördern und die Lehrer mit Weiterbildungen dafür begeistern. Das Ziel: Bis 2020 soll jeder fünfte Schüler an einem Sprachaustausch teilnehmen. Die Thurgauer Regierung plant, die Neuerungen mit dem Lehrplan 21 umzusetzen: Nach einer Vernehmlassung soll das Konzept im Herbst definitiv beschlossen und ab Sommer 2017 umgesetzt werden.

Nur jeder Zehnte spricht es

Die Kantone Uri und Appenzell Innerrhoden, die das Frühfranzösisch gar nie einführt, haben die Vorbereitungsarbeiten der Thurgauer finanziell unterstützt. Der Hintergrund: Alle neuen Lehrmittel sind für Frühfranzösisch konzipiert. Kantone, die später mit dem



Die Motivation, Französisch zu lernen, ist bei jüngeren Schülern grösser. Foto: Alamy

Unterricht beginnen, benötigen deshalb mittelfristig neue Lehrbücher.

Solche Pläne möchte Bundesrat Alain Berset früh unterbinden. Er hat den definitiven Entscheid der Thurgauer zur «roten Linie» erklärt. Spätestens im Herbst ist deshalb ein Gesetzesentwurf zu erwarten. Mit einer neuen Bestimmung im Sprachengesetz sollen die Kantone dazu gezwungen werden, ihren Primarschülern eine zweite Landessprache beizubringen. Als Grundlage für das neue Gesetz dient der Bildungsartikel in der Verfassung, der die Kantone verpflichtet, ihre Schulsysteme einander anzugleichen. Dem Bundesrat geht es vor allem darum, die Verständigung zwischen den verschiedenen Landesteilen zu fördern.

Ein Ziel, das bereits heute sehr ambitioniert ist. Dies zeigt eine kürzlich veröffentliche Studie aus der Zentralschweiz,

wo die Schüler ab der fünften Klasse Französisch lernen. Weniger als 10 Prozent der Achtklässler der sechs Kantone (LU, UR, SZ, OW, NW und ZG) erreichten die vorgegebenen Französisch-Lernziele im Sprechen und Hören. Im Lesen und Schreiben erfüllten 30 bis 40 Prozent die Anforderungen. Besonders schwach abgeschnitten hätten die Schüler aus Uri, die als einzige erst in der siebten Klasse mit Französisch beginnen, sagt Studienleiter Thomas Studer, Professor am Institut für Mehrsprachigkeit der Universität Freiburg und der Pädagogischen Hochschule Freiburg. «Angesichts dieser Resultate beurteile ich die Thurgauer Pläne sehr skeptisch», sagt er. Grundsätzlich gelte: Je mehr Unterricht, desto bessere Resultate erzielen die Schüler. Wie weit die Schü-

ler kommen, wenn mit Französisch erst auf der Sekundarstufe begonnen wird, sei zumindest offen. Es komme auch auf die Unterrichtsqualität an: Gerade jüngere Schüler profitierten von natürlichen Lernsituationen - etwa durch Kontakt mit Muttersprachlern. In zwei isolierten Schulstunden, Realität an vielen Primarschulen, sei dies schwierig zu erreichen.

Die Studie beleuchtet auch die Motivation. Diese nimmt ab, je älter die Schüler werden. Nur jeder dritte Achtklässler lernt gerne Französisch. Das Englisch wird hingegen von zwei Dritteln geschätzt. Auch die Lehrer seien weniger motiviert für den Französischunterricht, sagt Studer und gibt in einem Punkt den Thurgauern recht: Der Kontakt via Sprachaustausch dürfte die Motivation auf allen Seiten erhöhen.

Kommentar

Von Anja Burri

Rettet das Frühfranzösisch - verbessert es!

Der Thurgauer Bruch mit dem Frühfranzösisch erinnert an den folgenreichen Alleingang des Zürcher Bildungsdirektors Ernst Buschor vor über 15 Jahren. Seit der CVP-Politiker Englisch zur ersten Fremdsprache an den Zürcher Primarschulen machte und danach in grossen Teilen der Deutschschweiz Französisch zur zweiten Fremdsprache degradiert wurde, tobt der Sprachenstreit. Nach mühsamen Verhandlungen entstand schliesslich der Sprachenkompromiss der Kantone. Nun sollen alle Primarschüler zwei Fremdsprachen lernen.

Wie die Zürcher damals nehmen nun auch der Thurgau und Konsorten keine Rücksicht auf die Sprachminderheiten der Schweiz. Das ist fatal. In einem viersprachigen Land, das auch von dieser Vielfalt lebt, müssen der Zusammenhalt, die Verständigung zwischen den Sprachgruppen Priorität haben. Gerade die dominante Deutschschweizer Mehrheit, die schon vor gut 15 Jahren die Romands brüskierte, sollte den Sprachenkompromiss hochhalten. Die Abweichler haben natürlich ihre Argumente. Sie sind pädagogischer Art. Und sie stützen sich auf Befunde, wonach der heutige Französischunterricht nicht befriedigend sei.

Es wäre genauso falsch, diese Stimmen zu ignorieren. Frühfranzösisch soll jedoch nicht abgeschafft, sondern verbessert werden. Gute Ideen sind gerade im Thurgau vorhanden. Man will den Sprachenaustausch fördern; die andere Sprache erlebbar machen. Weiter sind die Lernziele in Französisch offensichtlich zu hoch gesteckt: Nicht einmal jeder zehnte Achtklässler in der Zentralschweiz erfüllt die Anforderungen. Kein Wunder, haben die Lehrer Mühe, die Kinder für die Sprache unserer Mitbürger zu begeistern.

«Der Thurgauer Entscheid schmerzt uns»

Politiker aus der Romandie fordern, dass der Bund in den Sprachenstreit eingreift.

Raphaëla Birrer
Bern

Die Reaktionen aus der welschen Schweiz auf die Thurgauer Pläne sind harsch: «Der Kanton überschreitet eine rote Linie», sagt der Neuenburger SP-Ständerat Didier Berberat. Für den nationalen Zusammenhalt sei es wichtig, dass sich die Sprachregionen verstünden. Der Walliser SP-Nationalrat Mathias Reynard spricht gar von einer «Eskalation des Sprachenstreits»: «Die Romandie nimmt den Thurgauer Entscheid als sehr arrogant wahr. Er schmerzt uns - wir können ihn nicht akzeptieren.» Besonders stossend sei, dass der Thurgau sich damit um die Harmonisierung der kantonalen Schulsysteme füttere, die 2006 mit grosser Mehrheit vom Volk beschlossen wurde. Berberat warnt vor belgischen Verhältnissen in der Schweiz: «Wollen wir, dass die Sprachregionen künftig aneinander vorbeileben?»

Für die welschen Parlamentarier ist es «höchste Zeit», dass der Bund einschreitet. Dazu sei er gemäss Verfassung auch verpflichtet: dann nämlich, wenn

sich die Kantone nicht an die gesetzlichen Harmonisierungsvereinbarungen halten. Eine Intervention des Bundes hält auch Felix Müri (SVP), Präsident der Bildungskommission des Nationalrats, für angezeigt. Diese hat sich wiederholt mit dem Thema befasst - «und den Mitgliedern rauchen bereits die Köpfe ob aller unterschiedlichen Meinungen», sagt der Luzerner. Auch in der SVP-Fraktion seien die Haltungen keineswegs einheitlich. Dazu komme bei vielen Nationalräten eine zunehmende Ungeduld, weil die Kantone noch immer keine Lösung gefunden haben. Müri ist überzeugt, dass

ein Vorstoss, der Bildungsminister Alain Berset (SP) mit dem Eingreifen beauftragen würde, in seiner Kommission eine Mehrheit fände. «Wir wollen dem Sprachenstreit nicht mehr länger zusehen.»

Nur ein «Sturm im Wasserglas»

Dagegen wehrt sich die Thurgauer Ständerätin Brigitte Häberli (CVP). Als Präsidentin der ständerätlichen Bildungskommission werde sie darum bemüht sein, eine pragmatische Lösung zu finden - ohne Massnahmen des Bundes. Um die Bildungshoheit der Kantone zu wahren, schlägt sie einen anderen Weg vor:

«Die Erziehungsdirektorenkonferenz könnte eine Richtlinie erlassen, um für alle Kantone bis Ende der obligatorischen Schulzeit ein gemeinsames Ziel in der Französischkompetenz festzulegen. Wann und wie dieses Ziel erreicht würde, stünde allen Kantonen frei.»

Dieses Deutschschweizer Vorgehen kann Berberat nicht nachvollziehen. Da Französisch schwierig zu erlernen sei, mache es mehr Sinn, früher damit zu beginnen. Nach Ansicht Reynards bedürfte es für eine Intervention des Bundesrats nur einer «einfachen Gesetzesänderung»: «Im Sprachengesetz müsste le-

diglich festgeschrieben werden, wann eine zweite Landessprache erlernt werden müsste. Zum Beispiel mindestens zwei Jahre vor Ende der Primarschule.»

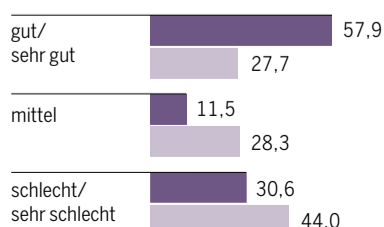
Eine der Urheberinnen der Debatte ist die Thurgauer SVP-Nationalrätin Verena Herzog. Sie hatte den Vorstoss, Französisch im Thurgau aus der Primarschule zu kippen, als damalige Grossrätin mit eingereicht. Die aktuelle Diskussion bezeichnet sie als einen Sturm im Wasserglas. «Der Thurgau wird beweisen, dass die Schüler am Ende mindestens so gute oder bessere Französischkenntnisse haben wie Kinder aus anderen Kantonen.»

Online-Umfrage: Das sagen Romands und Deutschschweizer zum Sprachenstreit

«Wie gut beherrschen Sie Französisch/Deutsch?»

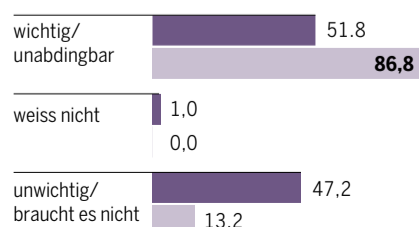
Angaben in %

■ Deutschschweiz ■ Romandie

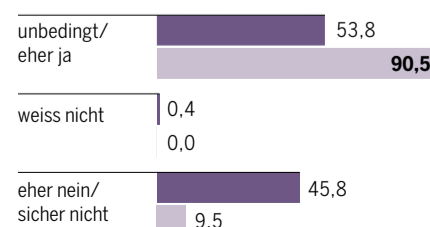


TA-Grafik mt/Quelle: Tamedia; n=2275

«Wie wichtig ist Frühfranzösisch/früher Deutschunterricht für den Zusammenhalt der Schweiz?»



«Soll Französisch/Deutsch an Primarschulen ein Pflichtfach sein oder bleiben?»



«Soll der Bundesrat eingreifen?»

